

Europäisches Zentrum für Parlamentarische Wissenschaft und Dokumentation

KLAUS PÖHLE

Das Europäische Zentrum für Parlamentarische Wissenschaft und Dokumentation, das 1977 die Arbeit aufnahm¹, hat sich als Institution der Vernetzung und Zusammenarbeit zwischen den teilnehmenden Parlamenten und Parlamentsdiensten bewährt. Im folgenden sollen lediglich die neuen Entwicklungen, die die Arbeit des Zentrums charakterisieren, skizziert werden.

Kontakt mit den Parlamenten Osteuropas

Der Demokratisierungsprozeß in den Staaten Mittel- und Osteuropas bezieht die Parlamente mit ein. Um ihrer politischen Aufwertung und den neuen Funktionen gerecht werden zu können, werden die Parlamente des Westens zum Vergleich herangezogen und teilweise als Modell genommen. Da die Parlamente Osteuropas nicht mehr nur einstimmig zu billigen haben, was ihnen von der Regierung auf Anordnung der Kommunistischen Partei vorgelegt worden ist, stellen sich viele strukturelle und technische Fragen für ihre Parlamentsapparate. Anstelle von zweimal zwei Tagungen mit Sitzungen des Plenums zu Beginn und am Ende des Jahres tagt das Plenum der Parlamente der RGW-Staaten wesentlich häufiger und die Ausschüsse müssen die Regierungsvorlagen eingehender beraten als bisher. Eine kritische Prüfung der Vorlagen setzt nach demokratischem Verständnis voraus, daß die Parlamentarier Informationen nicht nur von der Regierung erhalten. Sie müssen im Parlamentsapparat vorrätig sein oder beschafft werden können.

Für den Aufbau parlamentseigener Bibliotheken, Dokumentationen, wissenschaftlicher Dienste und den Zugang zu spezialisierten Datenbanken können sowohl sehr alte Parlamente (z. B. das britische Unterhaus) als auch junge Parlamente (z. B. der Deutsche Bundestag, das Europäische Parlament) als Vorbild dienen. Da die Parlamente/Kammern der jetzt 23 Mitgliedstaaten des Europarates, das Europäische Parlament, die Parlamentarische Versammlung des Europarates sowie die Versammlung der Westeuropäischen Union (= 35 Kammern) sich über das Europäische Zentrum für Parlamentarische Wissenschaft und Dokumentation untereinander vernetzt haben, wird es für die neuen Parlamente des Ostblocks sehr viel leichter sein, sich Zugang zu Informationen zu erschließen. Vier der sieben Staaten (Sowjetunion, Polen, Ungarn und Jugoslawien) haben bereits im Mai 1989 Gästestatus bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarats erhalten – die CSFR, die DDR² und Bulgarien im

Mai 1990 – und insofern Zutritt zum Zentrum erlangt. Die nächste Konferenz der Präsidenten der europäischen parlamentarischen Versammlungen am 8. und 9. Juni 1990 in Brüssel gab als übergeordnetes politisches Gremium hierzu ihre Zustimmung, zumal sie selbst am 7. 6. 1990 in einen informellen Kontakt zu den Parlamentspräsidenten der Ostblockstaaten getreten ist. Da Ungarn und Polen gute Chancen haben, Vollmitglied im Europarat zu werden, ist abzusehen, wann die Statusunterschiede aufgehoben werden.

Die Mitarbeit beim Zentrum bedeutet Teilnahme am Erfahrungsaustausch von Parlamentsdiensten, an ihrer zunehmenden Verknüpfung einschließlich Zugang zu den Datenbanken vieler Parlamente und der EG sowie Zugang zu den knapp 5.000 Ausarbeitungen Wissenschaftlicher Dienste verschiedener Parlamente. Parlamentsbeamte dieser Länder können bei Parlamenten ihrer Wahl Informationsbesuche oder Stagen absolvieren, um vor Ort die Handhabung der Mechanismen moderner Parlamente kennenzulernen. Der Oberste Sowjet und die Volkskammer haben dies im Januar/Februar 1990 bereits mit Erfolg beim Europäischen Parlament getan und der Oberste Sowjet ist dabei, einen wissenschaftlichen Dienst aufzubauen, dem der Congressional Research Service und der Wissenschaftliche Dienst des Europäischen Parlaments als Beispiel dient.

EG-Normsetzung und nationale Parlamente

Es hat sich folglich als Vorteil erwiesen, daß sich die Tätigkeit des Zentrums nicht auf die Parlamente der Mitgliedstaaten der EG beschränkt, sondern auf den geographisch weiteren Rahmen des Europarates erstreckt. Das portugiesische Parlament und die beiden spanischen Kammern konnten bereits auf eine langjährige Zusammenarbeit im Rahmen des Zentrums zurückblicken, als ihre Staaten am 1. 1. 1986 der EG beitraten. Für Österreich und die Türkei würde dasselbe gelten. Andererseits ist nicht zu übersehen, daß die 20 Kammern der Mitgliedstaaten der EG sowie das Europäische Parlament sehr viel mehr miteinander zu tun haben und eher Initiativen entwickeln als Parlamente von Drittstaaten. Da die Hauptaktivität des Zentrums beim Europäischen Parlament liegt, ist auch nicht immer deutlich zwischen Aktivitäten des Zentrums und Aktivitäten des Europäischen Parlaments zu unterscheiden. Bisher haben die Parlamente aus den Nicht-Mitgliedstaaten der EG hierauf sehr gelassen reagiert. In diese Kategorie einzuordnen ist der Plan, eine Datenbank über die Normsetzung der EG zu errichten. Vorschläge der Kommission für Verordnungen und Richtlinien, die Stellungnahmen des Europäischen Parlaments hierzu, aber auch die Reaktionen der nationalen Parlamente sollen in diese Datenbank so schnell wie möglich gespeichert werden und für jedes Parlament abrufbar sein. Damit könnte ein Notstand gelindert werden, der von den nationalen Parlamenten zunehmend empfunden wird. Sie erfahren zwar von ihrer Regierung, welche Vorlage die Kommission eingebracht hat, kennen aber in der Regel nicht den Stand des Verfahrens und kommen deshalb mit ihren Bemerkungen, Anregungen, Kritiken

oft zu spät. Auch möchten sie gerne wissen, ob und in welcher Weise andere nationale Parlamente reagiert haben.

Makroökonomische Modelle

Die magische Zahl 1.1.1993 und die bis dahin angestrebte Vollendung des einheitlichen und großen Binnenmarktes hat Ängste und Hoffnungen ausgelöst, und es besteht ein großer Bedarf an Prognosen in den einzelnen Mitgliedstaaten, wie die wirtschaftlichen Eckdaten dann aussehen werden. Im Rahmen des Zentrums ist eine Arbeitsgruppe "Makroökonomische Modelle" in Aktion getreten, die in Zusammenarbeit mit der Kommission, aber auch mit Wirtschaftsinstituten Prognosen gegenüberstellt und veröffentlicht. Sowohl das britische wie das französische Parlament haben schon vor längerer Zeit beschlossen, sich nicht mehr allein auf die Angaben der eigenen Regierungen oder von diesen beauftragten Wirtschaftsinstituten zu verlassen. Die Initiative für diese neue Tätigkeit des Zentrums ist deshalb von den beiden französischen Kammern ausgegangen und wird auch heute noch insbesondere vom französischen Senat getragen.

Fortschritte in der Struktur des Zentrums

Um auf diesem diffizilen Gebiet qualitativ wertvolle Arbeit leisten zu können, sind finanzielle Mittel erforderlich. Das Zentrum verfügt bis heute über kein eigenes Budget, sondern erfüllt seine Arbeit durch materielle Leistungen einzelner Parlamente. Mit den makroökonomischen Modellen wird nun erstmals die Tür in Richtung eines eigenen Haushalts einen Spalt weit geöffnet, denn es geht nicht mehr um die Bezahlung von Dolmetschern und Sitzungsräumen, sondern um finanzielle Beiträge für ein geistiges Produkt.

Bei ihrer Konferenz am 8./9.6.1990 sind die Parlamentspräsidenten zum ersten Mal von der unmittelbaren Verantwortung für das Zentrum entbunden worden, dessen Tätigkeiten (Zusammenarbeit der Bibliotheken, Dokumentationsabteilungen, Wissenschaftliche Dienste, dokumentarische Datenbanken, Mikrotheken usw.) eher als technisch denn als politisch eingeschätzt wurden. Die Generalsekretäre der Parlamente haben eine Filterfunktion zwischen dem Zentrum und den Präsidenten eingenommen, indem sie sich ausführlich mit den vergangenen und den geplanten Tätigkeiten des Zentrums beschäftigten und danach einstimmig ihren Präsidenten die Zustimmung empfahlen.

Archive und Öffentlichkeitsarbeit

Im November 1988 wurden bei einem Symposium in Bonn erstmalig Parlamentsarchive verglichen. Ein umfangreicher Bericht ist in Vorbereitung, der zu einer Angleichung und Aufwertung der bisher eher vernachlässigten Parlamentsarchive führen kann. Ende Mai 1990 sind ebenfalls auf Einladung des Deutschen Bun-

destags im Berliner Reichstag die Fachleute für die Öffentlichkeitsarbeit der Parlamente zusammengekommen. Die Absicht war, neue Anregungen und Ideen zu bekommen, wie die oft trockene Parlamentsarbeit im Zeitalter der Massenmedien einer breiten Öffentlichkeit vermittelt werden kann. Dieses Symposium wurde gleichzeitig mit einer Ausstellung verbunden, so daß die Materialien der Öffentlichkeitsarbeit der einzelnen Parlamente unmittelbar in Augenschein genommen werden konnten³.

Bei Kontakten mit Parlamenten aus anderen Kontinenten stellt sich immer wieder heraus, daß diese Zusammenarbeit im Rahmen des Europäischen Zentrums zwar nicht einmalig, aber am weitesten entwickelt ist. So wollen die Parlamente der 5 Mitgliedstaaten des Andenpaktes mehr über die Tätigkeit des Zentrums wissen und sie eventuell als Modell nehmen. Australien, Neuseeland und der Pazifische Raum, soweit es sich um ehemalige britische Besitzungen handelt, kennen bereits eine Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten, die jedoch auf Grund der ökonomischen und finanziellen Größenverhältnisse von Australien dominiert wird und vielleicht aus diesem Grunde nicht so weit entwickelt ist wie die Tätigkeit des Europäischen Zentrums.

Anmerkungen

- 1 Seine Funktionen wurden im Jahrbuch der Europäischen Integration 1984 dargestellt, S. 92 ff.
- 2 Wegen der gleichzeitig anlaufenden Vereinigung beider deutscher Staaten kann die Status-Frage der DDR auch in anderer Weise gelöst werden.
- 3 Veröffentlichungen des Zentrums: Informationsbrief, 4-6 jährlich, bisher 55 Nummern. Leitfaden, d. h. Auflistung der für Kontakte wichtigen Beamten aller Parlamente; jährliche Neuauflage mit zwischenzeitlichen Korrekturen. Broschüre "Organisation der Parlamentsdienste der EG-Mitgliedstaaten und des Europäischen Parlaments" - 1980. Broschüre "Organisation der Parlamentsdienste der EG-Mitgliedstaaten" (Oberhäuser) - 1983. Übersicht über Bibliotheken sowie Dokumentations- und Informationsdienste der Parlamente (Neuaufgabe). "Öffentlichkeitsarbeit der Parlamente" (253 Seiten), Antworten auf einen Fragebogen, Seminarunterlage.

Weiterführende Literatur

- Thöne-Wille, Eva: Die Parlamente der EG. Das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente, Kehl/Rhein/Straßburg 1983.
- Pöhle, Klaus: Konferenz der europäischen Parlamentspräsidenten. Vier Fragen an ein neues Forum, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen (Opladen) 4 (1978), S. 99-107.
- Ders.: Europäisches Zentrum für Parlamentarische Wissenschaft und Dokumentation, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen (Opladen) 4 (1978), S. 504-509.
- Informationsbrief Nr. 50 vom EZPWD, 12-jähriges Wirken, Sammelband.